Quelle: FAZ vom 30.6.2011

Aufstand in Athen: *Demonstranten stürmen die Zäune.* Foto AFP

Griechenland vorerst gerettet Erleichterung in Europa

Parlament in Athen billigt Sparmaßnahmen / Merkel: Eine wirklich gute Nachricht

tens./ul. ISTANBUL/WARSCHAU, 29. Juni. Am Ende eines Abstimmungsmarathons von fünf Stunden Dauer hat das griechische Parlament am Mittwoch für das jüngste Bündel aus staatlichen Leistungskürzungen und Steuererhöhungen gestimmt, dessen Annahme bis zuletzt unsicher war. Die Billigung des von der Regierung Ministerpräsident Giorgios Papandreous eingebrachten „mittelfristigen Finanzrahmens 2012–2015" galt als Voraussetzung für die Auszahlung einer weiteren Tranche der im vergangenen Jahr beschlossenen internationalen Notkredite für Griechenland. Mit knapper Not hat Griechenlands Parlament das Land damit zunächst vor der Insolvenz bewahrt, die einer Ablehnung der Sparmaßnahmen vermutlich innerhalb von wenigen Tagen gefolgt wäre. Der neue Finanzrahmen sieht Ausgabenkürzungen von etwa 6,5 Milliarden Euro allein in diesem Jahr vor. Außerdem soll der Verkauf von Staatsbesitz 50 Milliarden Euro einbringen. Ob die Privatisierungen von Staatsfirmen politisch durchsetzbar sind, ist jedoch nicht sicher. Vor allem die Gewerkschaften in den Stromversorgungsunternehmen haben entschiedenen Widerstand angekündigt.

Für die Reformen stimmten am Mittwoch 155 von 300 Abgeordneten. Ein Abgeordneter von Papandreous Panhellenischer Sozialistischer Bewegung (Pasok) stimmte gegen die Maßnahmen, während eine Parlamentarierin der oppositionellen Nea Dimokratia (ND) sich nicht an die von ihrem Parteichef Antonis Samaras angeordnete Ablehnung des Sparpakets hielt. 138 Abgeordnete stimmten gegen die Vorlage, während eine kleine Gruppe um die ehemalige Außenministerin und frühere ND-Politikerin Dora Bakogiannis sich enthielt.

In Europa machte sich unmittelbar nach der Abstimmung allgemeine Erleichterung bemerkbar. Bundeskanzlerin Angela Merkel sprach nach der Entscheidung von einer „wirklich guten Nachricht", Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) von einem „Lichtblick, nicht nur für Griechenland, sondern für ganz Europa".

Der polnische Ministerpräsident Donald Tusk, dessen Land am Freitag die EU-Ratspräsidentschaft übernimmt, rief in einem Gespräch mit dieser Zeitung zu Solidarität mit Griechenland auf. Tusk sagte, er habe „Hochachtung für die Bemühungen Ministerpräsident Papandreous". Nun sei es „das Wichtigste, dass wir falsche Töne vermeiden", sagte Tusk. Es gebe „zu viele, die öffentlich fragen, ob Griechenland den Euro behalten oder überhaupt in der EU bleiben sollte". Tusk fügte hinzu, „Solidarität" verlange sowohl „Verantwortung und die Durchsetzung von Regeln" als auch „Hilfe für Griechenland und andere". *(Fortsetzung Seite 2, siehe Seiten 5, 6 und 8.)*